

An die Mitglieder des Nationalrates

Bern, 18. Juni 2013

Stellungnahme von Schuldenberatung Schweiz zum Antrag auf Abschreibung der parlamentarischen Initiative Hiltpold – Prävention der Jugendverschuldung (10.518) – Termin: 21. Juni 2013

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Herren Vize-Präsidenten
Sehr geehrte Nationalrätinnen
Sehr geehrte Nationalräte

Alle an der Schuldenbekämpfung beteiligten Akteure wünschen sich, dass eine echte Grundsatzdebatte über die Mitverantwortung der Kreditinstitute an der Überschuldung von Privatpersonen geführt wird. Aus diesem Grund fordert Schuldenberatung Schweiz (SBS) Sie, sehr geehrte Nationalrätinnen und Nationalräte, dazu auf, den Antrag auf Abschreibung der parlamentarischen Initiative Hiltpold (10.518) abzulehnen.

SBS gehören rund vierzig gemeinnützige, von Schweizer Kantonen und Gemeinden unterstützte Schuldenberatungsstellen an. Sämtliche Mitglieder von SBS sind folglich sowohl in der Verschuldungsprävention als auch in der Schuldnerberatung und -betreuung tätig.

Konsumkredit und Verschuldung

Sicherlich ist die Verschuldung von Privatpersonen nicht allein auf Konsumkredite zurückzuführen. Unsere Erfahrungen und die aktuellen Zahlen des Bundesamtes für Statistik zeigen jedoch, dass diese Kredite bei einem guten Drittel der verschuldeten Personen eine wichtige und häufig ausschlaggebende Rolle in der Überschuldungsgeschichte spielen. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK-NR) räumt ebenfalls ein, dass die Umsetzung der Schutzbestimmungen im Bundesgesetz über den Konsumkredit, mit denen die Werbung reglementiert und die Überschuldung infolge von Kreditverträgen begrenzt werden soll, an der fehlenden Unterstützung durch die Kreditinstitute und -vermittler scheitert.

Die meisten der aktuell bestehenden Präventionsprogramme wurden von – oder in Zusammenarbeit mit – unseren Mitgliedern in der Schweiz entwickelt. Dazu ist allerdings anzumerken, dass derartige Programme nicht in allen Kantonen existieren, dass mit der wissenschaftlichen Bewertung ihrer Wirksamkeit gerade erst begonnen wird und dass sie vorrangig auf Jugendliche in der Ausbildungsphase zugeschnitten sind. Einige unserer europäischen Nachbarn haben im Bereich der

Schuldnerbetreuung und der Verschuldungsprävention bereits grössere Fortschritte erzielt. Ihre Erfahrungen belegen, dass die Prävention sich nicht ausschliesslich auf Jugendliche beschränken darf und dass ein ausreichend grosses Angebot an Beratungs- und Betreuungsleistungen für verschuldete Personen vorhanden sein muss. Die aktuell in der Schweiz zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel sind eindeutig unzureichend und es ist inakzeptabel, dass die notwendigen Gelder allein von der öffentlichen Hand und gemeinnützigen Organisationen aufgebracht werden sollen, während die Kreditinstitute weiterhin ansehnliche Gewinne einfahren. Die öffentliche Hand hat im Zusammenhang mit der Verschuldung von Privatpersonen ohnehin umfangreiche Kosten im sozialen Bereich (Gesundheit, Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe) und im wirtschaftlichen Bereich (Steuereinbussen, Krankenversicherung) zu tragen und finanziert bereits einen beträchtlichen Teil der Präventions- und Schuldenabbauprogramme.

Die Initiative Hiltbold folgt dem Prinzip der Gerechtigkeit

SBS fordert eine echte Grundsatzdebatte zur Anwendung des sogenannten Verursacherprinzips. Diese Debatte ist nur möglich, wenn die parlamentarische Initiative Hiltbold weiterverfolgt wird. Wir müssen jetzt handeln und eine wirkliche Debatte führen, in deren Rahmen alle öffentlichen, halböffentlichen und privaten Akteure zu Wort kommen. Es ist uns unverständlich, weshalb zu dieser Initiative keine ordentliche Vernehmlassung wie derzeit zur Initiative Aubert (10.467) durchgeführt wird.

Für weitere Auskünfte stehen wir Ihnen gern zur Verfügung. Sie erreichen uns unter der Nummer 077 492 36 14 (www.schulden.ch).

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und verbleiben mit freundlichen Grüssen

Sébastien Mercier

Vorstandsmitglied Schuldenberatung Schweiz